Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Mittwoch, den 27. Januar 1886. Nr. 43.

Berlin, 26. Januar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 173. königl. preußischer Klassenlotterie fielen:

1 Gewinn von 15,000 Mk. auf Nr. 3811.

2 Gewinne von 6000 Mk. auf Nr. 57231 3350.

41 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 2569 2120 12766 14197 18395 18845 18961 9312 19415 19698 22473 26595 30154 1128 31768 38969 43037 45652 47613 5062 55653 55939 56200 60011 65613 7646 68825 71534 73538 73639 75713 7557 77654 77871 78118 78392 81272 3362 85023 88039 93150.

33 Gewinne von 1500 Mark auf Nr. 121 953 18460 19547 24811 25582 27644 1544 32402 35045 39170 40472 45189 5386 54814 59371 59882 60548 68002 3240 73819 76511 78630 78716 79257 3373 85037 85373 86066 86433 88375 9585 89675.

66 Gewinne von 550 Mk. auf Nr. 3294 611 4874 6114 7891 10105 11541 13125 3358 14918 15308 16800 17239 19512 19647 19739 20575 22405 23361 23507 27064 27990 29328 30112 30730 31711 32462 33508 33936 34293 36490 37226 38125 41726 42898 49992 50774 51331 54198 55748 56141 56563 58336 59196 60034 63840 64181 66216 70350 71111 72494 74558 76056 77308 78090 78229 80842 82618 82963 84845 86131 88027 89385 91299 94600 94957.

Deutschland.

Berlin, 26. Januar. In Abgeordnetenkreisen beschäftigt man sich lebhaft mit dem Antrage der Fraktion der Rechten und der Nationalliberalen in Sachen des Schutzes der polnischen Grenzprovinzen. Es bestätigt sich, daß ein Theil der äußersten Rechten sich bei diesem Antrage von der Majorität getrennt hat. Wie man hört, hat diese auffällige Erscheinung ihren Grund darin, daß der Minister des Innern, v. Puttkamer, in der Einbringung des Antrags eine Demonstration gegen seine Person erblickt. Es heißt mit Bestimmtheit, der Antrag sei dem Fürsten Bismarck genehm und er sei entschlossen, falls sein Gesundheitszustand ihn nicht daran hindert, im Abgeordnetenhause zu erscheinen und an der Besprechung theilzunehmen.

— Mit der Einbringung von Vorlagen auf dem Gebiete der Kirchenpolitik wird es nicht so schnell Ernst werden, als es noch vor einigen Tagen den Anschein hatte. Es dürften Vorgänge sich zugetragen haben, welchen es zu danken ist, daß diese Dinge wiederum mehr in den Hintergrund getreten sind. Als sicher ist anzunehmen, daß zwischen dem Vatikan und der preußischen Regierung aufs Neue lebhafte Verhandlungen schweben und zwar besteht man diesseits auf der Beibehaltung des Gymnasialbesuches bezw. der dreijährigen Universitätsstudien für die Ausbildung der katholischen Geistlichen, ein Punkt, in welchem man hier nicht nachgeben will noch kann, während von Rom aus andere Forderungen gestellt werden.

Eine Nuntiatur in Berlin ist in Rom gewünscht und anfänglich auch hier als nützlich anerkannt worden, indessen scheiterte diese Frage an unüberwindlichen Hindernissen, welche hier entgegentraten, und es kann mit vollster Bestimmtheit gemeldet werden, daß davon in absehbarer Zeit wenigstens entschieden nicht die Rede sein wird.

In Abgeordnetenkreisen spricht man von einer lebhaften Bewegung der äußersten protestantischen hochkirchlichen Partei, welche dahin gerichtet wäre, die bestehende Synodal-Verfassung als zu freisinnig zu beseitigen und eine geschlossene Einrichtung protestantischer Bischöfe an die Stelle zu setzen, welche gleichzeitig auch denselben Rang erhalten würden, den die katholischen Bischöfe bereits einnehmen. (Magd. Ztg.)

— -Das gesammte Zentrum (Antragsteller D. Windthorst) hat zu dem Antrage Achenbach u. Gen. in der Polenfrage eine motivirte Tagesordnung beantragt und zwar in Erwägung, daß man die Maßregeln der Regierung noch nicht kenne, und in weiterer Erwägung, daß man für solche unbekannte Maßregeln nicht unbestimmte Mittel bewilligen könne. Sehr wahrscheinlich werden die Anträge erst am Donnerstag auf die Tagesordnung gesetzt werden, da der Antrag Ulendorf auf geheime Stimmabgabe bei den Wahlen zum Abgeordnetenhause die Priorität hat. Der hier und da gehegten Absicht, den letztgedachten Antrag durch einfache Tagesordnung zu beseitigen, haben die Nationalliberalen entschieden widersprochen, und man wünscht für die Erörterung des Antrags Achenbach über einen vollen Sitzungstag verfügen zu können.

— Gestern, den 25. Januar, feierte der Kriegsminister General-Lieutenant Bronsart von Schellendorff seinen 54. Geburtstag (geb. 1832 zu Danzig). Das älteste Mitglied des Staats-Ministeriums, Justiz-Minister Dr. Friedberg, vollendet morgen, den 27. Januar, sein 73. Lebensjahr und feiert am 14. April d. J. sein 50jähriges Dienst-Jubiläum. Der Jüngste unter den Staats-Ministern ist Herr von Goßler; er tritt erst am 13. April 1886 in sein 48. Lebensjahr.

— Die Reichstags-Kommission für die Vorlage betreffs des Nord-Ostseekanals hat gestern Abend durch einstimmige Annahme des § 1 den Bau des Kanals beschlossen.

— Der Gesetzentwurf betreffend die Bürgschaft des Reiches für die Zinsen einer egyptischen Staatsschuld umfaßt nur einen Paragraphen, in welchem ausgesprochen wird, daß die Uebernahme der Garantie genehmigt wird. Es handelt sich bekanntlich um die egyptische Anleihe von 9 Millionen Pfund, für welche nach Artikel 7 der Uebereinkunft vom 18. März 1885 die Regierungen von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien, Italien und Rußland gemeinsam und solidarisch die Zinsenzahlung mit jährlich 315,000 Pfd. garantirt haben. Durch eine Zusatzerklärung vom 25. Juli 1885 zu dieser Uebereinkunft haben die genannten Staaten bestimmt, daß die Koupons auch in Berlin, nicht nur, wie zuerst bestimmt war, in Egypten, Paris und London zahlbar sein sollen. In Berlin erfolgen die Zahlungen nach dem Tageskours. Die diplomatischen Vorgänge, die zu dieser Uebereinkunft der Mächte betreffs der egyptischen Anleihe geführt haben, sind aus dem im vorigen Jahre vorgelegten Weißbuch über Egypten bekannt. Ein finanzielles Risiko ist, wie bemerkt wird, im Hinblick auf die Fundirung der neuen Anleihe mit der Garantieübernahme nicht verbunden. Die zur Deckung der Zinsen und zur Amortisation erforderlichen Summen sind als erste Last auf die reichen Einkünfte (nämlich die Einnahme aus vier Provinzen, aus den Zöllen, Eisenbahnen, Telegraphen und die Hafenabgaben von Alexandrien) angewiesen, welche nach dem Liquidationsgesetz vom 17. Juli 1880 der „Caisse de la Dette Publique“ zur Verzinsung und Amortisirung der privilegirten und der unifizirten Schuld vertragsmäßig zufließen. Nach den amtlichen Veröffentlichungen der Schuldenkommission ergaben diese Einkünfte in den Jahren 1880 bis 1884 einen durchschnittlichen Betrag von rund 4 Millionen Pfund Sterling.

— Den Antrag der vereinigten drei Fraktionen der Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen in Sachen des Schutzes der deutschen Bevölkerung des preußischen Ostens gegen das Ueberwuchern des polnischen Elements haben die Ultras der äußersten Rechten in der konservativen Fraktion, die „Kreuzzeitungsmänner“ waschechter Farbe nicht mit unterzeichnet, weil sie ganz entsprechend ihrer Haltung in der Wahlbewegung sich mit dem Zentrum um keinen Preis überwerfen wollen. Sie haben es also, man darf wohl sagen in Fortsetzung bezw. Wiederaufnahme einer Art von „Deklarantenpolitik“, verweigert, der preußischen Regierung in der polnischen Angelegenheit, welche derselben im Reichstage durch Annahme des Windthorst'schen Antrages eine Niederlage beigebracht hatte, ein ausdrückliches Vertrauensvotum zu ertheilen. Die Herren von der konservativen Partei, welche nicht unterzeichnet haben, sind folgende: v. Gerlach-Gardelegen, Freiherr v. Hammerstein (Redakteur der „Kr.-Ztg.“), v. Holtz, Knoch, Kropatschek (Redakteur der „Kr.-Ztg.“), v. Loesch, v. Meyer-Arnswalde, Frhr. v. d. Reck, v. Schierstädt, Stöcker und v. Puttkamer-Plauth. Die Verweigerung der Unterschrift ist geschehen, trotzdem den Wünschen der Konservativen in der Fassung des Antrages von nationalliberaler und freikonservativer Seite weit entgegengekommen worden war.

Die „Kr.-Ztg.“ sucht die Thatsache, daß ein kleiner Theil der Konservativen, d. h. die äußerste Rechte der Fraktion oder die sogenannten „Kreuzzeitungsmänner“, den Antrag betr. die polnische Frage nicht mit unterzeichnet haben, in folgender gewundenen Weise zu erklären: „Wir wollen die Vorgeschichte dieses Antrages einstweilen unerörtert lassen; indessen darf doch so viel gesagt werden, daß die Nichtbetheiligung einiger Mitglieder der konservativen Fraktion durchaus auf sachlichen Gründen beruht. Man fand erstens in dem ersten Alinea, namentlich auf dem staatsrechtlichen Gebiet, keinen hinreichend scharfen Gegensatz zu der Haltung des Reichstages und man hielt es ferner nicht für angemessen, der Thronrede gegenüber auf dem formlosen Wege einer Resolution Direktiven zu geben für den Inhalt der verheißenen Vorlagen. Endlich glaubte man auch, daß die Hervorhebung einzelner Punkte, auf welche sich die in Aussicht gestellten Maßnahmen erstrecken sollen, um so weniger zulässig sei, als einerseits damit die Beweislast für die Nothwendigkeit außerordentlicher Maßregeln auf diesen in den Vordergrund gestellten Gebieten den Antragstellern zufällt — eine Aufgabe, der sich nur die Regierung mit Erfolg unterziehen kann — und als anderseits unter diesen speziell hervorgehobenen Punkten Fragen von gleich großer und vielleicht größerer Bedeutung Aufnahme nicht gefunden haben.“

— Der „Pol. Korresp.“ schreibt man aus Konstantinopel:

Als die internationale Militär-Kommission in Ponor den serbisch-bulgarischen Waffenstillstand bis zum 1. März fixirte, erregte dieser lange Termin hier einige Unzufriedenheit, ja sogar ein gewisses Mißtrauen, indem man hinter demselben allerlei böse Absichten witterte; nun ist mehr als ein Monat dieser Frist verstrichen, ohne daß man, sei es über den Ort der Unterhandlun en, sei es über die anderen Präliminarien, einig geworden wäre. Was den Ort betrifft, so hat Serbien, nachdem Deutschland diesbezüglich die Hauptstadt Rumäniens in Vorschlag gebracht hatte, der Pforte, welche die Verhandlungen hier geführt zu sehen wünschte, mitgetheilt, daß es auf der Wahl Bu-

Feuilleton.

Allerlei.

— Die österreichische „Beamtenzeitung“ erzählt aus Eisenbahnkreisen die nachstehende Geschichte:

„Bei einer großen Bahngesellschaft waren andere Verhältnisse eingetreten, welche es mit sich brachten, daß mehrere der alten Garde angehörige Oberbeamte pensionirt wurden. Es war nun bei Gelegenheit der zuletzt in Oesterreich ausgeführten Militärmanöver, daß die erwähnte Bahnanstalt durch geeignete Vorkehrungen für einen großen Truppentransport ihre Leistungsfähigkeit und technische Geschicklichkeit zeigen konnte. Auf dem Bahnhofe, wo die Truppentransporte abfielen, waren die Spitzen einiger Behörden, sowie jene der betreffenden Bahnanstalt, als auch andere Personen anwesend, und die Bahnorgane ernteten reichlich Anerkennung und Beifall für die Vortrefflichkeit und Zweckmäßigkeit der getroffenen Anordnungen. Unter den Anwesenden befand sich auch der einige Zeit vorher pensionirte Leiter jener Dienstabtheilung, welcher der Hauptantheil an den günstigen Erfolgen des Truppentransportes zufiel, wie nicht minder seinem Nachfolger, dem gegenwärtigen Dienstchef. Ziemlich selbstbewußt trat der Letztere, als von allen Seiten Lob gespendet wurde, auf seinen Vorgänger zu und sagte ihm, nicht ohne einen gewissen Stachel fühlen zu lassen: „Nun, was sagen Sie zu meinen Leuten? Haben die nicht Wunderbares geleistet?“ Der Angeredete schaute den Sprecher groß an, dann sagte er in seinem halb Wienerischen Dialekt: „Aber . . Herr N . . ., Sie werden dös Personal, das ich fünfundzwanzig Jahre dirigirt hab', do nöt in die anderthalb Jahr, wo's unter Ihnen steht, ruinirt haben . . .?“ Der Abgefertigte soll sich vorgenommen haben, einen Vorgänger im Dienste künftighin nicht mehr um seine Meinung zu befragen.

* * *

Paris, 23. Januar. Die Reihe der Mordthaten, welche die Pariser Bevölkerung seit einigen Tagen in leichtbegreiflicher Aufregung erhalten, erfährt noch immer einen Zuwachs. Der sonst so ruhige Boulevard du Temple war in der letzten Nacht der Schauplatz eines blutigen Ehedramas. Der 30jährige Handlungsgehülfe de Verneuil hatte von einigen seiner guten Freunde erfahren, daß seine von ihm getrennt lebende Gattin allabendlich am Arme eines Musikers des Winter-Zirkus am Boulevard du Temple zu treffen sei, und sofort entstand in ihm der Gedanke, sich an dem Räuber seines Glückes zu rächen. Gestern gegen Mitternacht führte er denn auch seinen Plan aus: als seine Frau mit einem Fremden den Boulevard entlang ging, stürzte er sich auf diesen und stieß ihm einen langen Dolch ins Herz, worauf der Getroffene lautlos zusammenbrach und sofort verschied. Seine Frau begann nun zu schreien und de Verneuil, außer sich vor Wuth, versetzte ihr einen Faustbieb auf das rechte Auge. Den vereinten Anstrengungen mehrerer Passanten gelang es, sich des Mörders zu bemächtigen, der sich ganz ruhig zum Polizeikommissar führen ließ. Die Identität des Opfers konnte nicht festgestellt werden, da Frau de Verneuil erklärt, sie kenne ihren Begleiter nicht, der ihr seit einigen Tagen auf Schritt und Tritt nachgegangen sei.

* * *

— **Wie viel reiche Leute giebt es in Berlin?** Auf diese Frage giebt der dem preußischen Landtage vorgelegte Nachweis über die Einschätzung zur Klassen- und Einkommensteuer für 1885—86 interessante Auskunft. Während grade zwei Drittel (66.8 pCt.) der Bevölkerung Berlins von beiden Steuern befreit sind, unterliegen 25.05 pCt. der Klassen- und 8.15 pCt. der klassifizirten Einkommensteuer. Von 202,082 Personen, welche in Preußen zur klassifizirten Einkommensteuer eingeschätzt worden sind, kommen allein auf Berlin 32,625 Personen. An klassifizirter Einkommensteuer in Berlin kommen nicht weniger als 8,773,254 M. ein. Unter den Einkommensteuerpflichtigen Berlins sind 770 Personen veranlagt mit einem Einkommen von 32,400 bis 60,000 M., 212 Personen mit einem Einkommen von 60,000 bis 96,000 M., 144 mit einem Einkommen von 96,000 bis 204,000 M. Dann kommen aber 55 Personen mit noch größerem Einkommen und zwar 26 mit einem Einkommen von 204,000 bis 300,000 M., 18 Personen mit 300,000 bis 540,000 M. Einkommen, 7 Personen von 540,000 bis 660,000 M. Einkommen. Ueber diesen stehen noch vier reichere Personen, nämlich ein Steuerpflichtiger, veranlagt mit einem Einkommen von 840,000 bis 900,000 M., darüber ein Steuerpflichtiger mit einem Einkommen von 1,020,000 bis 1,080,000 M. Dieser wird übertroffen von einem Steuerzahler, welcher 1,140,000 bis 1,200,000 M. bezieht. An der Spitze aller Einkommensteuerpflichtigen Berlins steht aber eine Person mit einem Einkommen von 2,100,000 bis 2,160,000 M., was bei 4 pCt. Zinsen ein Vermögen von über 50 Millionen darstellt. In ganz Preußen sind nur 8 Personen auf über 1 Million Einkommen veranschlagt, darunter obige 3 Berliner. Der reichste Berliner wird in Preußen nur von drei noch reicheren Personen übertroffen. Zwei davon wohnen im Regierungsbezirk Wiesbaden, darunter einer von 2,520,000 bis 2,580,000 M. Einkommen, der andere mit 2,640,000 bis 2,700,000 M. Einkommen. Unter diesen befindet sich wohl Baron Rothschild. Der reichste steuerpflichtige Mann in Preußen wohnt dagegen im Regierungsbezirk Düsseldorf, veranschlagt mit einem Einkommen von 3,120,000 bis 3,180,000 M., wovon er 93,600 M. Einkommensteuer zu zahlen hat. Das ist also ein achtzigfacher Millionär.

karests bestehe („insiste"). Fürst Alexander von Bulgarien, dem die Pforte diese Erklärung mittheilte, antwortete darauf, daß Serbien kein Recht habe, auf irgend einen bestimmten Ort zu dringen, und wenn es auf Bukarest bestehe, so bestehe er seinerseits auf Sofia. Seither hat das bulgarische Kabinet sich mit der Wahl Bukarests einverstanden erklärt, allein der Incidenzfall hat es der Pforte klar gemacht, wie gespannt, verwirrt und zweifelhaft noch die ganze Situation sei. Die türkischen Minister fühlen instinktiv, daß es im Interesse der Türkei liege, sich mit dem Fürsten Alexander auf möglichst guten Fuß zu stellen, und höchst geheim geführte Unterhandlungen laufen ununterbrochen zwischen Konstantinopel und Sofia. Was der türkischen Staatskunst eine solche Verständigung besonders wünschenswerth erscheinen läßt, ist die Besorgniß vor einer schließlichen Entente zwischen Serbien und Griechenland, der sich auf Unkosten der Türkei, falls diese nicht ihren Frieden mit Bulgarien macht, im letzten Augenblicke auch der Fürst Alexander anschließen könnte. Versuchungen aller Formen und Arten treten in diesem Augenblicke an den Sultan heran, und es bedarf eines klaren und festen Entschlusses, um ihnen gegenüber in einer bestimmten Richtung mit Konsequenz auszuharren. Die Militärpartei drängt zu einem Ultimatum an Griechenland und zum Kriege gegen dasselbe. Der Sultan selbst theilt keine der ihm sich aufdrängenden abenteuerlichen Ansichten und betont unabläßig, daß die Politik der Türkei auf jene konservative Grundlage basirt werden müsse, welche in Europa durch die Dreikaiser-Mächte repräsentirt sei, daß er sich auf keine vereinzelte Allianz zu stützen, seine militärische Aktion auf die Defensive zu beschränken, für diesen Vertheidigungskampf aber, um ihm eine rasche Entscheidung zu sichern, alle verfügbaren Streitkräfte zu konzentriren habe. In diesem Geleise bewegt sich die türkische Politik und wird sich wohl auch in Zukunft darin bewegen. Indeß hält man den Ausbruch der Feindseligkeiten mit Griechenland für kaum vermeidlich und sieht sich für diese Eventualität in jeder Richtung vor.

— Die „Norddeutsche Allg. Ztg." bringt folgenden Artikel: „Nach einem Wolff'schen Telegramm spricht sich die „Times" zustimmend zu dem von Lord Salisbury bei der griechischen Regierung gethanenen Schritt aus und giebt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Großmächte die englische Politik billigen. Sicherlich hat die „Times" darin vollkommen Recht. Wir sind überzeugt, daß weder Deutschland noch auch die übrigen Großmächte es dulden werden, daß eine der kleineren Mächte, welche lediglich durch ihre Vermittlung geschaffen worden sind, eine brandstiftende Politik einschlage und den Frieden Europas gefährde. Ein Krieg zwischen der Türkei und Griechenland würde ein Ereigniß sein, dessen Tragweite sich gar nicht absehen ließe, und im Interesse des europäischen Friedens werden die Großmächte sich daher verpflichtet fühlen, England bei seinem Vorgehen in Griechenland kräftig zu unterstützen."

Ausland.

Paris 24. Januar. In der von Louise Michel in dem mit rothen und schwarzen Fahnen geschmückten Saal Favié abgehaltenen öffentlichen Versammlung ging es wieder recht „demokratisch" zu. Trotz der 30 Centimes Eintrittsgeld hatten sich ungefähr 2500 Anarchisten und Neugierige eingefunden. Die Führer der radikalen Partei fehlten auch diesmal wieder, sie wollen mit der „bitteren" Louise, seit sie sich vollständig den Anarchisten in die Arme geworfen hat, nichts mehr gemein haben. Als Louise Michel erschien, machte sich die Begeisterung der Versammlung in einem wahren Beifallsgebrüll Luft. Dann ergriff der Anarchist Very das Wort. Diese Republik, wie sie in Frankreich bestände, so meinte er, sei eigentlich gar keine Republik und gewisse Monarchien seien besser als das jetzige französische Regiment. Alle „die Lügner des Palais Bourbon" seien Lumpe, welche nur für die eigene Tasche sorgten. Die Deputirten seien nicht viel besser und Grevy — nun, der sei der unehrlichste Mensch in ganz Frankreich.

Nachdem Very auf diese Weise etwas Stimmung gemacht hatte, bestieg Louise Michel die Rednertribüne. Sie empfiehlt sich den Bürgern von Frankreich als Muster, sie weiß zwar nicht, ob die Pflastersteine sich erheben werden, aber sie weiß, was sie zu thun hat, und jeder möge seine Pflicht thun, wie sie. Man brauche sich nicht zu wundern, daß Frankreich so tief gesunken sei, daß selbst das Licht der Freiheit bereits erloschen, es könne nicht anders sein, da diejenigen, welche Frankreich regierten, Schufte und Heuchler seien, nur darauf aus, sich zu bereichern und im Wohlleben zu schlemmen. „Wird ein Land von der Pest heimgesucht, so sucht man es zu säubern, indem man Feuer in den Straßen anzündet. Frankreich ist heute von der Pest befallen! Wohlan, so thut denn eure Pflicht!" Man sagt, unsere Streitigkeiten rührten von der klerikalen Frage her. Glaubt das nicht; Klerikale und Radikale sind gleich schlecht, sie alle wollen das Volk regieren; während das Volk sich selbst regieren muß. Und dieser erhabene Zweck kann nur durch die Revolution erreicht werden, und ich bin stolz darauf, der Vorkämpfer dieser internationalen Revolution zu sein! Es lebe die Anarchie! Meine persönliche Ansicht ist, daß allein die Feigheit der Völker an den Schändlichkeiten der Regierungen schuld ist. Die Bismarck, die Wilhelm, die Zaren sind mit demselben Maße zu messen wie die Freycinet, Ferry und Brisson; ja, die letzteren sind vielleicht noch weniger werth als die ersteren. Darum vorwärts! Es lebe die internationale Revolution!

Nachdem sich der jubelnde Beifallssturm gelegt hatte, las Roussel ein Schreiben von Anarchisten aus der Provinz vor, worin Louise Michel gebeten wird, die Fahne der Revolution zu entfalten; wenn die Revolution erst in Frankreich gesiegt habe, so würden alle anderen Völker diesem Beispiel folgen und das Joch der Tyrannen abschütteln. Der dritte Redner, Jogleb, meint, bei den nächsten Wahlen müsse man sich statt der Stimmzettel des Pulvers bedienen.

Nach der Vorlesung einiger Schreiben, welche die „Bittere" zu ihrem Auftreten beglückwünschen, ergriff dieselbe nochmals das Wort: Diese Glückwünsche, sagt sie, kämen ihr nicht zu, da sie nur ihre Pflicht thue und eine heilige Sendung erfülle. Sie erzählt von ihrem Leben im Gefängniß. Dort habe sie neben gesunden, jungen Mädchen, die von Stutzern, Banquiers, Präfekten, Ministern und den übrigen Mitgliedern der maßgebenden Klassen, die frisches Fleisch nöthig hatten, verführt worden seien, arbeitsunfähige, wegen Bettelei verurtheilte alte Weiber gefunden. Diesen Scheußlichkeiten könne nur die Revolution ein Ende machen,

Nach ihr spricht nun Tortellier, ein Schreinergeselle, der im Auftrag des Pariser Gemeinderathes 1881 nach Dänemark, Schweden und Deutschland geschickt wurde, um den Stand des dortigen Schreinerhandwerks zu studiren und über denselben zu berichten. Seiner Ansicht nach sind im Allgemeinen die Arbeiter gescheiter als die Meister; diese gelten nur etwas, weil sie das Geld in Händen haben. Man müsse deshalb das Kapital abschaffen. Bei der nächsten Ausstellung werde man sehen, was die Arbeiter schaffen könnten. In Dänemark und Schweden, selbst in Deutschland, sei der Arbeiter übrigens glücklicher, da zwischen dem Arbeiter und dem Meister eher freundschaftliche Bande beständen und der Arbeiter nicht so ausgebeutet werde, wie in Frankreich. Tortellier fordert, daß der Arbeiter mit dem Meister gleichgestellt werde. Bei der Stimmung, wie sie in der Versammlung herrschte, gehörte sicherlich viel Muth dazu, daß jetzt ein Unbekannter versuchte, gegen die bittere Louise zu Felde zu ziehen. Kaum hatte er ausgesprochen, daß er die Huldigungen für diese Frau, welche die Bäckerbuden habe plündern lassen, entschieden mißbillige, so erhob sich ein furchtbarer Lärm. Von allen Seiten dringt man auf den allzu Kühnen ein und bald ist er unten zum Saal hinausbefördert. Auf der Straße mußte er schwerverwundet in einen Wagen getragen werden. Die „Bittere" sucht sich gegen diese Vorwürfe zu vertheidigen, aber je geschwätziger, desto alberner schwatzt sie. Ein letzter Redner predigt abermals die allgemeine Revolution, wenn das Pulver nichts mehr helfe, so müsse man zu stärkeren Mitteln der Chemie seine Zuflucht nehmen. Zum Schluß schlug ein gewisser Roussel Geldsammlungen vor für politische Verurtheilte und für die Kämpfer der Kommune. Von den Tribünen aus wird dann auch eine Sammlung für die Opfer der Feuersbrunst in der Rue des Trois Couronnes vorgeschlagen. Roussel aber erwiderte: „Ehe wir das thun, wollen wir lieber Geld sammeln, um alle Minister in die Luft zu sprengen!" Vor dem Saale Favié fehlte es neben den Hochrufen auf Louise Michel auch nicht an feindseligen Kundgebungen, und die „Bittere" zog es deshalb vor, sofort den Wagen des bekannten sozialistischen Kutschers Moor zu besteigen, der sich ihr zur Verfügung gestellt hatte. Zu Ruhestörungen kam es nicht. (Köln. Ztg.)

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 27. Januar. Die von dem Vorstand der hiesigen Gastwirths-Innung für gestern Nachmittag nach Wolff's Saal einberufene Versammlung zur Besprechung des Branntweinmonopols war zahlreich besucht. Nachdem die Motive zu dem Gesetz verlesen waren, machte der Vorsitzende, Herr Opitz, Mittheilung von den Schritten, welche seitens des deutschen Gastwirths-Verbandes geschehen sind, um gegen das Monopol aufzutreten und wurde sodann die von dem Verbands-Vorstand ausgearbeitete Petition an den Reichstag verlesen. Dieselbe führt u. A. aus, daß die gewaltsame Umgestaltung des gesammten Branntweingewerbe-Betriebes, wie sie durch die Einführung des Staatsmonopols nöthig gemacht wird, ihre schweren Nachtheile und zerstörenden Wirkungen nicht zum Geringsten auf eine der größten und höchstbesteuerten Gewerbegruppen, den Stand der Gast- und Schankwirthe, ausüben wird. Der dem Monopol unterworfene Gastwirth sei nicht mehr der freie Bürger des Staats, sondern nur noch ein willenloser Kommis des verstaatlichten Gewerbes. Der veranschlagte hohe Ertrag von 300 Millionen Mark wird als eine Illusion bezeichnet, da dieser Ertrag nur mit der Vernichtung hunderttausender heute noch durchaus steuerfähiger Existenzen erkauft werden kann. Die Anwesenden erklärten sich mit dem Inhalt der Petition einverstanden und bestätigten dies durch Unterzeichnung derselben.

— Die Sioux-Indianer verlassen am Sonnabend unsere Stadt, um bereits am Sonntag in Castan's Panoptikum in Berlin ihre Vorstellungen zu eröffnen. Von dort werden sie, nachdem Berlins Autoritäten sie gesehen und für echt anerkannt haben, ihren Weg über ganz Deutschland und halb Europa machen. Eine sehr günstige Gelegenheit, die Indianer in ihren Tänzen 2c. zu bewundern, bietet für Donnerstag (morgen) die Bettel-Akademie ihren Mitgliedern, indem diese für sich und ihre Angehörigen gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte pro 1886 nur pro Person 20 Pf., für Kinder 10 Pf. Entree zu zahlen haben. Diese Vergünstigung gilt nur für Donnerstag. Es empfiehlt sich deshalb, sich Mitgliedskarten der Bettel-Akademie zu erwerben, die à 50 Pf. bei Herren Macdonald und R. Graßmann, sowie Frl. Zenker in der Moltkestraße zu lösen sind. Den Mitgliedern werden im Laufe eines Jahres große Ermäßigungen geboten. Donnerstag Abend von 10 Uhr ab findet ausschließlich für Mitglieder gegen freies Entree im Bellevue-Konzertsaal ein gemüthliches Tänzchen statt. Zur Erleichterung des Publikums können Mitgliedskarten auch Donnerstag Abend noch im Vestibüle des Bellevue-Theaters gelöst werden.

— Wie die „Voss. Ztg." meldet, behauptet man in Minden mit aller Bestimmtheit, daß der dortige Superintendent und Garnisonpfarrer Pötter zum Generalsuperintendenten der Provinz Pommern designirt sei.

— Man schreibt uns: Für die preußischen Staatsbahnen sind vom Arbeitsminister folgende Bestimmungen getroffen worden: Entsprechend der im § 48 des Bahn-Polizei-Reglements für die Eisenbahnen Deutschlands gegebenen Vorschriften ist zur Verständigung des Wagenpersonals mit dem Lokomotivpersonal bei allen Zügen die Anbringung einer mit der Dampfpfeife der Lokomotive oder mit einem Wecker an der letzteren verbundene Zugleine vorzusehen, welche bei Personenzügen über den ganzen Zug, bei gemischten Zügen, Militär- und Güterzügen bis zum wachthabenden Fahrbeamten geführt werden muß. Bei Personenzügen darf von Einlegung von Zugleinen nur Abstand genommen werden, wenn dieselben mit durchgehenden Bremsen ausgerüstet sind, welche bei einer Zugtrennung selbstthätig in Wirksamkeit treten und es außer dem Lokomotivführer auch dem wachthabenden Fahrbeamten und Reisenden ermöglichen, den Zug zum Stehen zu bringen. Bei den mit Zugleinen versehenen Zügen sind in den Koupee's Anschläge folgenden Inhalts anzubringen: „Auf der in der Fahrtrichtung rechts gelegenen Seite des Zuges ist außerhalb unter den Fenstern eine Zugleine angebracht, an welcher in Fällen dringender Gefahr so lange zu ziehen ist, bis die Lokomotivpfeife ertönt." In Zügen mit selbstthätigen Bremsen sind in den Koupee's folgende Anschläge anzubringen: „Um sofortiges Halten des Zuges zu veranlassen, ist in Fällen dringender Gefahr der Hebel in der Pfeilrichtung zu drehen." In beiden Fällen folgt dann noch die Strafandrohung bei mißbräuchlicher Benutzung dieser Einrichtungen. Die angedrohte Strafe ist von 30 auf 100 Mark erhöht. Die Aufschriften der Anschläge sollen in lateinischen Buchstaben in rother Farbe hergestellt werden, die Ueberschriften groß und fett gedruckt.

— In der Woche vom 17. bis 23. Januar sind hierselbst 15 männliche, 21 weibliche, in Summa 36 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 8 Kinder unter 5 und 17 Personen über 50 Jahre.

— Landgericht. — Strafkammer 1. — Sitzung vom 26. Januar. — Der z. Z. in Lindenbusch wohnhafte Oberinspektor Otto Bernh. Ernst Dudy war im Sommer v. J. in Woltersdorf bei Kasekow angestellt, dort mißfiel ihm am 26. August v. Js. das Benehmen des Pferdeknechts Christophle und er traktirte denselben derart mit schweren Faustschlägen, daß C. mehrfache Verletzungen davontrug. Da von einem Züchtigungsrecht des D. gegen C. in keiner Weise die Rede sein konnte, wurde gegen Dudy Anklage wegen Mißhandlung erhoben und beantragte heute nach der stattgehabten Beweisaufnahme der Herr Staatsanwalt 3 Monate Gefängniß gegen denselben. Der Gerichtshof erkannte auf 150 Mark Geldstrafe event. 15 Tage Gefängniß.

Wie „feines" Exportbier bereitet wird, zeigte eine Verhandlung wider den Bierverleger Karl Aug. Ludwig Billbrandt von hier. Derselbe bezog aus einer hiesigen Brauerei helles Bier, gab auf jede Tonne einen Zusatz von 1 Liter Malzfarbebier und das „Exportbier" war fertig. Obwohl B. angab, es sei dies die gewöhnliche Fabrikation von Malzbier, fand die kgl. Staatsanwaltschaft in solcher Bierplanscherei einen Verstoß gegen das Nahrungsmittelgesetz vom 14. Mai 1875 und B. hatte sich deshalb zu verantworten, doch betrachtete der Gerichtshof die Sache ziemlich mild und erkannte nur auf 30 Mk. Geldstrafe event. 5 Tage Gefängniß.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Ein Tropfen Gift." Schauspiel in 4 Akten.

Donnerstag: „Stradella." Romantisch-komische Oper in 3 Akten.

Vermischte Nachrichten.

— Die Kaiser Wilhelmbrücke im Zuge der Kaiser Wilhelmstraße in Berlin wird ganz in Marmor ausgeführt. Die Brückenbögen werden mit belgischem schwarzen Marmor bekleidet, der durch Körnung ein Silbergrau erhält. Die Abdeckung derselben wird in hellem Kärtner Marmor ausgeführt und der obere Theil in rothem Salzburger Marmor. Die geplante Reiterstatue des Kaisers hat der Monarch energisch abgelehnt. Die Brücke wird in eigenthümlicher Weise mit Obelisken als Laternenträgern geschmückt. Sie wird der luxuriöseste Brückenbau, welchen Berlin bis jetzt kennt. Die gegenüberliegenden Gebäu[illegible] werden sich demselben würdig anreihen. Je[illegible] derselben erhält z. B. eine Sandsteinkuppel, welc[illegible] hundert und achttausend Mark kostet.

— Den Gipfel der Unverschämtheit errei[illegible] wohl ein Londoner Dieb, der jüngst gegen ein[illegible] seiner Opfer obendrein eine Klage angestreng[illegible] Mr. Chapman, Stallmeister des Herzogs v[illegible] Cambridge, verließ am 5. Januar die Oper [illegible] London, als er plötzlich einen gewaltigen Ruck a[illegible] seiner Uhrkette verspürte und bald darauf eine[illegible] Mann grimmig fluchend fortrennen sah. Am 2[illegible] kam der Flüchtling von dazumal und verklag[illegible] Mr. Chapman auf schwere körperliche Beschädi[illegible] gung. Die Uhr, die der Gauner gestohlen, [illegible] nämlich mit einem künstlichen Mechanismus [illegible] sehen und als sie der Dieb ergriffen, fuhr ih[illegible] eine haarscharfe Feder in die Handfläche und ver[illegible] setzte ihm eine Wunde, deren Folge Lähmung de[illegible] Handmuskeln ward. Trotzig rief der Dieb: „Man mag mich strafen, doch ihn gleichfalls." Dieser fromme Wunsch ward nicht erfüllt, Mr. Chapman hatte das Recht, sein Eigenthum nach Gutdünken zu schützen. Der Gauner hingegen erhielt sechs Monate Zwangsarbeit.

— (Der Triumph der Regisseurkunst.) Bei einer Aufführung des „Freischütz" war im zweiten Akt das Durchbrechen des Mondes durch die Wolken so täuschend nachgemacht, daß ein junger, mondsüchtiger Mann augenblicklich die steile Parterrewand hinauflief und auf der Brüstung des ersten Ranges anfing, spazieren zu gehen!

— (Auch ein Konzert.) Ein englisches Blatt bringt folgende Annonce: „Sofort zu verkaufen eine Meute von Hunden verschiedener Gattung. Ihr Gebell variirt vom tiefsten Baß bis zum hellsten Tenor und klingt so harmonisch, daß man, wenn sie alle durcheinander laut werden, ein Opernchor zu hören vermeint."

— (Unsere Dienstboten.) „Ein für allemal, Lisette, bitt' ich mir aus, daß meine Kleider pünktlicher gereinigt werden! Glauben Sie denn, ich zahle Ihnen Kost und Lohn, um so schlecht bedient zu werden!?" — „Und ich bitt' mir vor Allem einen anderen Ton aus, gnä' Herr! Glauben 'S denn, Sie haben die gnä' Frau vor Ihnen?"

— (Vom Kapitel der gesellschaftlichen Lüge.) Baron: „Guten Morgen, lieber Freund, Sie wollen gewiß der Frau v. B. einen Besuch abstatten?" — Der Freund: „In der That hatte ich die Absicht, dies zu thun; allein ich erinnerte mich glücklicher Weise rechtzeitig daran, daß heute der Tag ist, an dem sie zu Hause bleibt . . . . ich werde daher morgen gehen!"

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

London, 25. Januar. Unterhaus. Unterstaatssekretär Bourke theilte mit, auf Antrag Englands hätten gestern die sechs Großmächte in Athen eine Kollektivnote überreicht, in welcher erklärt wird, daß ein Flottenangriff gegen die Türkei nicht gestattet werden würde; die Antwort Griechenlands sei noch nicht eingelaufen.

London, 26. Januar. (Unterhaus.) Bei der fortgesetzten Adreßdebatte wurde ein die Verbesserung der Lage von landwirthschaftlichen Pächtern befürwortendes Amendement Barclay's mit 211 gegen 183 Stimmen abgelehnt. Die Parnelliten und Chamberlain stimmten mit der Minorität, Lord Hartington und Goschen mit der Majorität.

London, 26. Januar. Die „Times" hofft, daß die an Griechenland gerichtete Warnung sich als hinreichend erweisen werde, um die Aufrechterhaltung des Friedens zu sichern, wenn nicht, werde der griechischen Regierung bald begreiflich gemacht werden, daß die Großmächte Europas nicht mit sich scherzen ließen.

Petersburg, 26. Januar. Das „Journal de St. Petersbourg" ist trotz der ablehnenden Antwort des Minister-Präsidenten Delyannis der Meinung, daß die griechische Regierung den Forderungen der Leidenschaft widerstehen werde, welche um so nutzloser seien, als Europa fest entschlossen sei, keinerlei Gebietsveränderung zuzulassen, die als eine Entfernung von den Bestimmungen des Berliner Vertrages anzusehen wäre.

Konstantinopel, 26. Januar. In dem Rundschreiben, welches die Pforte an ihre Vertreter im Auslande behufs Herbeiführung einer Aktion der Mächte für die Abrüstung Griechenlands gerichtet hat, wird zunächst auf die fortgesetzten Rüstungen Griechenlands, sowie auf die von den Mächten in dieser Frage in Athen gethanen Schritte hingewiesen. Das Rundschreiben erinnert alsdann an die Opfer, welche die Türkei auf Verlangen Europas durch Gebiets-Abtretungen bereits gebracht hat und welche die äußersten Grenzen der möglichen Konzessionen bilden. So sehr die Pforte Geduld und Friedensliebe bekundet habe, so fordere doch die Sorge für ihre Interessen und die Wahrung ihrer Rechte gebieterisch, bei der geringsten Provokation seitens Griechenlands die Herausforderung anzunehmen; durch ihre Ehre und Würde werde sie hierzu gezwungen. Die Pforte mache Griechenland sowohl für die etwaigen Folgen wie auch für die schweren Nachtheile verantwortlich, welche der Türkei aus der Haltung Griechenlands erwachsen; es seien dies Nachtheile, welche eine Kompensation erheischen dürften. Bevor die Türkei zu diesem äußersten Mittel greife, appellire sie an die Mächte, damit dieselben durch eine kategorische Erklärung eine Demobilisirung der griechischen Truppen erlangen.